

Stiftungen als politisches Instrument?

Wirkung und Grenzen von Stiftungen im politischen Meinungsbildungsprozess

von Andreas Wieser (Bern)

Sachpolitik ist der Wunsch von vielen Bürgern. Doch eben was ist Sache? Verschiedene Akteure versuchen „die Sache“ nach ihren eigenen Interessen und Strategien darzustellen und so Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger zu nehmen. Können Stiftungen wichtige Akteure sein im politischen Meinungsbildungsprozess?

Die Schweiz ist eine direkte Demokratie. Das bedeutet, dass das Volk nicht nur über Wahlen, sondern durch Volksabstimmungen direkten Einfluss auf die Politik nehmen kann. Direkte Demokratie und politische Verantwortung der Bürger_innen verlangen damit auch Möglichkeiten für den Meinungsbildungsprozess. Sich eine Meinung zu bilden, ist angesichts komplexer werdender politischer Geschäfte für den/die Normalbürger_in nicht einfacher geworden. Deshalb ist es zielführend, wenn neben den Behörden weitere Akteure den Meinungsbildungsprozess unterstützen. Können neben Medien, Verbände und politischen Parteien auch (Fach-) Organisationen wie Stiftungen, Vereine oder Genossenschaften diese Rolle einnehmen?

Demokratie und Stiftung

Politische Parteien haben die Aufgabe der politischen Meinungsbildung. Parteien sind jedoch nicht „neutral“, da sie ihren Wählern und dem Parteiprogramm verpflichtet sind. Das gleiche gilt für Verbände, die in erster Linie ihren Mitgliedern verpflichtet sind. Auch Medien stehen im Zeitalter von Fake-News unter einem hohen Legitimationsdruck. Nicht zuletzt die wirtschaftlich schwierige Lage vieler Medienhäuser führt dazu, dass es auch für sie immer schwieriger wird, einen auf fundierter Recherche basierenden Journalismus zu betreiben – mit Folgen auf die Rolle und Wahrnehmung als neutraler Informationsgeber. Übrig bleiben (Fach-)Organisationen mit klar definierten Zielen. Damit diese Ziele langfristig Bestand haben und glaubwürdig wirken, kann die Stiftung als Rechtsform gute Dienste leisten. Die Stiftung ist grundsätzlich nur ihrem Zweck verpflichtet. Das bedeutet, dass eine Zweckänderung nur durch Zustimmung der Aufsichtsbehörde erfolgen kann. Dies sorgt für Stabilität in der Strategie der Organisation und damit für eine erhöhte Glaubwürdigkeit. Im Vergleich dazu werden für die rasche Umsetzung von politischen Rechten oft auch Vereine gegründet, z. B. für die Lancierung einer Volksinitiative. Sinn und Zweck solcher Organisationen sind dann eher mittelfristiger Natur und nach der Behandlung der Initiative nehmen die Aktivitäten oft ab. Oder die bestehende Mitgliederbasis wird verwendet, um

eine Stiftung mit langfristiger Ausrichtung mittels einer Gönnervereinigung zu unterstützen und so die Nachhaltigkeit auch finanziell zu sichern.

Organisation der Stiftung und Besetzung der Organe

Allein die Rechtsform einer Stiftung genügt nicht, um im politischen Meinungsbildungsprozess einen entsprechend glaubwürdigen und nachhaltigen Einfluss zu erlangen. Um die Glaubwürdigkeit langfristig zu erhalten und ein starker Partner im Meinungsbildungsprozess zu sein, bedarf es bei der Errichtung einer Stiftung einer fundierten Regelung des Zweckes und der Organe. Der Zweck muss so ausgestaltet werden, dass langfristiges Handeln im Rahmen einer begrenzten Flexibilität möglich ist. Die Gestaltung und die Besetzung der verantwortlichen Organe sollen so erfolgen, dass einseitige Interessenvertretung und Machkonzentration nicht aufkommen können. Hierzu sind klare Kriterien bei der Suche nach und bei der Bestellung der Stiftungsräte erforderlich, der Prozess zur Suche ist zu definieren und auch die Nachfolgeplanung ist bereits bei der Besetzung zu berücksichtigen und zu thematisieren.

Wirkungen

In der Schweiz bestehen sehr viele Stiftungen. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass die Stiftungslandschaft in der Schweiz zumindest von der Anzahl der Stiftungen hoch entwickelt ist. Nach einfacher Recherche in Stiftungsverzeichnissen sind zahlreiche Stiftungen mit expliziter Erfassung von Politik im Stiftungszweck aufgelistet. Darüber hinaus sind noch zahlreiche Stiftungen in anderen Bereichen wie z. B. Konsumentenschutz, Medienförderung, Sport, Kultur, Umwelt oder Bildung tätig, um (auch) politischen Einfluss auszuüben.

Die breite Stiftungslandschaft hat mit Blick auf die Möglichkeit der politischen Einflussnahme Vor- und Nachteile. Viele kleinere Stiftungen können nicht die gleiche Wirkung erzielen wie große Stiftungen mit entsprechenden Ressourcen. Aus Effizienz-Sicht müssten viele Stiftungen ihre Kräfte bündeln. Aus Sicht der Demokratie geben diese vielen engagierten Stiftungen ein breites Meinungsspektrum für die politische Willensbildung.

Grenzen des Einflussbereiches


Viele Organisationen – so auch Stiftungen – kommen jedoch wegen ihrer Größe und finanziellen Mittel an ihre Grenzen. Das politische System setzt den Organisationen mit dem Ziel der Meinungsbildung in der Be-

völkerung selber Grenzen. Da die Parlamentarier einen wesentlichen Einfluss haben, gilt es diese zu überzeugen – Lobbying ist das Stichwort. Während Stiftungen sich durchaus dieses Instrumentes auch bedienen, sind ihnen von ihren Stakeholdern Grenzen gesetzt. Das oftmals in der Öffentlichkeit gesammelte Geld sollte nicht nur der politischen Arbeit mit Parlamentariern dienen. Zu aktives Politiker-Lobbying zieht rasch Kritik nach sich. Die Organisationen müssen daher einen guten Mix finden zwischen Meinungsbildung bei der Bevölkerung und positiver Einflussnahme bei den Parlamentariern. Unternehmen hingegen können sehr aktiv um die Gunst der Meinung der Parlamentarier werben, weil sie ihr Geld selber verdienen.

Zukunft von Stiftungen mit politischen Zielen

Stiftungen mit dem Zweck der politischen Willensbildung sind ein gutes Instrument im politischen Prozess. Was früher die Medien waren, können heute oder morgen auch Stiftungen sein: Organisationen die aufdecken, aufrütteln, neutral berichten und Themen setzen. Stiftungen können auch einmal heikle Themen aufgreifen und unkonventionelle Lösungsvorschläge unterbreiten. Sie können einfacher und glaubwürdiger Themen setzen als andere Akteure. Es liegt dann bei den Politikern, diese Vorschläge und Ideen anzunehmen. Wichtig ist in der schnelllebigen Zeit, in der jeder mit den neuen Medien öffentlich in Erscheinung treten kann, die neutrale und fachlich fundierte Meinungsbildung.

Kurz & knapp

Stiftungen können im politischen Meinungsbildungsprozess in einer direkten Demokratie eine wichtige Rolle einnehmen. Sie können die Komplexität der Themen für die Bürger reduzieren und sachlich aufklären. Allerdings ist politische Arbeit sorgfältig zu planen. Dabei spielt die Glaubwürdigkeit einen wichtigen Punkt. Diese erreichen Organisationen nicht nur durch die Wahl der Themen. Auch die Besetzung der Gremien zeigt, was die Organisation genau will und von wem sie „regiert“ wird. Deshalb ist der Besetzung von Vorständen und Räten große Bedeutung beizumessen. Der Stiftungsrat und weitere Gremien müssen so eingesetzt und reglementiert werden, dass einseitige Interessenvertretungen verhindert werden können. Dann liegt einer klar deklarierten erfolgreichen politischen Arbeit nichts im Wege. 

Zum Thema

in Stiftung&Sponsoring

Krimmer, Holger: Stiftungen als Akteure und Gestalter von Zivilgesellschaft. Erste Ergebnisse der Stiftungserhebung im ZiviZ-Survey 2017, S&S RS 1.2018, www.susdigital.de/SuS.01.2018.053



Andras Wieser, Rechtsanwalt / Organisationsentwickler, ist verantwortlich für das Kompetenzzentrum Stiftungen der von Graffenried Gruppe in Bern. Das Kompetenzzentrum Stiftungen berät Organisationen in stiftungsrelevanten Themen. stiftungen@graffenried.ch, www.graffenried.ch